

Abendlicher Polizeieinsatz gegen Jenaer Besetzung verurteilt - Planungen zur gewaltsamen Räumung befürchtet

2009-11-19 07:23:43

Jena. Am gestrigen Abend gegen 22 Uhr wurden die besetzten Räume an der FSU Jena durch offenbar in Bereitschaft befindliche Einsatzspolizisten überfallen. Vorausgegangen war die Verfolgung eines Menschen, der in einem Abfallcontainer eines nahen Marktes Lebensmittel zu besorgen versucht hatte.

Bei dieser Nachstellung drangen Polizisten in Uniräumlichkeiten ein und wurde dort nach der Ursache dieser Verfolgung befragt, was als Grundlage für einen Einsatz gegen das Besetzungsplenum vorgebracht wurde. Unter anderem wurde der Vorwurf der Freiheitsberaubung gegen die Besetzer fingiert, weshalb bis zu 40 Beamte die Anwesenden in den Räumen festhielten und am Verlassen hinderten. Von allen, die den Raum verlassen wollten oder sich zufällig außerhalb der Räume befanden oder hinzukamen, wurden die Personalien festgestellt bzw. eine erkenntungsdienstliche Behandlung angedroht. Außerdem wurde eine Kameraspeicherkarte beschlagnahmt und eine Person in Gewahrsam genommen. Weitere wurden beleidigt. Zudem müssen sich nun die Bildungstreikaktiven weiterer polizeilicher repressiver Maßnahmen wie Vorladungen oder Ermittlungen wegen dieses fingierten Vorfalls gegenwärtig sein.

Mike Niederstraßer, Sprecher der GEW-Studierenden, stellte angesichts dieses Vorfalls die Frage, warum direkt in Uninähe Bereitschaftspolizei lagert und ob nun der offizielle Deesklationskurs der Uni durch eine repressive Strategie abgelöst und statt dessen heimlich eine gewaltsame Räumung vorbereitet wird. Mit diesen Einsatzkräften hatten die Studierenden bereits tags zuvor Erfahrungen gesammelt als der Versuch ins Unihauptgebäude zu gelangen, durch körperliche Gewalt und Pfeffersprayeinsatz verhindert wurde.

Niederstraßer ergänzte: "Dieses Verhalten muss als gezielte Repression und als Versuch gewertet werden, die Bildungsproteste zu diskreditieren und zu diskriminieren. Wir fordern daher die Thüringer Landespolitik auf, sich statt mit Räumungsplänen mit der Bildungsmisere, dem Abbau sozialer Selektion, von Bildungsgebühren oder mit den Wohnraumproblemen zu beschäftigen." Mit diesen Forderungen ist der Ruf nach einer radikalen Demokratisierung des Hochschulsystem, nach ausreichender öffentlicher Bildungsfinanzierung und der Beseitigung der wissenschaftsfremden einseitigen ökonomischen Ausrichtung von Lehre und Studium verbunden.

Der LASS forderte angesichts dieser Ereignisse, den Protest nicht zu unterdrücken, sondern als Hinweis auf jahrelange Versäumnisse im Bildungs- und Sozialbereich zu sehen, deren Lösung nun vordringlich betrieben werden muss. Er solidarisiert sich mit den Forderungen und den Protestformen der Schüler_innen und den Studierenden in Thüringen und verurteilt diesen Einsatz als völlig verfehlt, unverhältnismäßig und hilflos. Bereits am Vortag hatte sich die Bildungsgewerkschaft GEW in Frankfurt mit dem Bildungstreik und seinen Forderungen solidarisiert.

Pressemitteilung des Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS) der GEW Thüringen

[Speichern & Weitersagen](#)